



Unternehmerisches Handeln und staatliche Unterstützungsmaßnahmen in der COVID-19-Pandemie

März 2022

ReCOVery Policy Brief

Empfohlene Zitierweise

David, A., Dienes, C., García Schmidt, A., Kay, R., Rosenberger, T., Sajons, C., Sänger, R. Schäfer, S., Terstriep, J. (2022). Unternehmerisches Handeln und staatliche Unterstützungsmaßnahmen in der COVID-19-Pandemie. ReCOVery Policy Brief. Gelsenkirchen: Institut Arbeit und Technik.

Hinweis

Dieser Policy Brief ist Ergebnis des Projekts »ReCOVery«, das gemeinsam vom Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, der Universität Jena, dem Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim, dem Institut für Mittelstandsforschung Bonn, der Bertelsmann Stiftung und der Fachstelle Migrantenökonomie im IQ-Netzwerk durchgeführt wurde.

Danksagung

Wir bedanken uns herzlich bei den Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich trotz der widrigen Umstände die Zeit genommen haben, ausführlich mit uns über ihre wirtschaftliche Lage und den Umgang mit der Krise zu sprechen. Ohne sie hätten wir das Projekt nicht realisieren können. Bedanken möchten wir uns darüber hinaus bei André Hanschke, Mitarbeiter des Arbeitsstabs der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, für Unterstützung und Anregung in der Anfangsphase dieses Projektes. Unser Dank gilt außerdem Nadine Förster, Esra Güllü, Carina Hartman und Melanie Kees, die uns bei der Durchführung der Interviews unterstützt haben.

Inhalt

1

Einleitung	6
Einordnung der Untersuchung	8
Vorgehen	12

2

Ergebnisse	16
Ausmaß der Reaktion auf die Krise	16
Nutzung, Wahrnehmung und Bewertung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen	19

3

Resümee	26
Schlussfolgerungen	26
Politikempfehlungen	27
Literatur	30
Impressum	31

Auf den Punkt

1

Basierend auf 34 qualitativen Interviews mit Unternehmer:innen aus den Bereichen Gastronomie, Einzelhandel und wissensintensive Dienstleistungen geht diese Studie der Frage nach, in welchem Ausmaß kleine Unternehmen und Soloselbstständige von der COVID-19-Pandemie betroffen sind, wie sie damit umgehen, welche staatlichen Unterstützungsmaßnahmen von ihnen wahrgenommen werden und wie sie diese bewerten.

2

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass der ausgeprägte Unternehmer:innengeist maßgeblich dazu beiträgt, dass die Unternehmer:innen nicht in eine „Schockstarre“ verfallen sind, sondern mit der wirtschaftlichen Ausnahmesituation der COVID-19-Pandemie aktiv umgehen.

3

Differenzierend nach den Kriterien „Branchenzugehörigkeit“, „Geschlecht“ und „Migrationshintergrund“, variiert die Betroffenheit durch die Folgen der Pandemie vor allem in Abhängigkeit von der Branche, während sich hinsichtlich des Umgangs mit der Krise nur marginale Unterschiede zwischen den anderen Gruppen zeigen.

4

Staatliche Unterstützungsmaßnahmen werden von den befragten Unternehmer:innen insgesamt positiv bewertet. Die Maßnahmen tragen dazu bei Handlungsspielräume für den aktiven Umgang mit der Krise zu schaffen und Existenzen zu sichern.

5

Optimierungspotenziale für staatliche Hilfen werden insbesondere im Bereich der Kommunikation, des Informationszugangs und der Implementierung gesehen. Eine zentrale Informationsseite zur transparenten Kommunikation, die Etablierung einer Netzwerk-Plattform für den unternehmerischen Austausch und die Bildung eines staatlich anerkannten Berater:innenpools könnten sich – auch mit Blick auf künftige Krisen – als vorteilhaft erweisen.

6

Der Aufbau eines interdisziplinären fachlich und ministeriell übergreifenden, institutionell verankerten Expert:innenrates wird empfohlen, um im Falle künftiger Krisen schneller, bedarfsorientierter und zielgerichteter agieren zu können.

1



Einleitung

Unternehmer:innen und die von ihnen geführten Unternehmen haben eine vielschichtige Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft. Sie stellen Produkte und Dienstleistungen bereit, schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und bringen Innovationen hervor. Die Unternehmer:innen selbst dienen zudem häufig als Vorbilder. Diese Funktionen von Unternehmer:innen werden möglicherweise in Krisenzeiten wie der COVID-19-Pandemie noch wichtiger, da sie durch flexibles und innovatives Agieren die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise abmildern können. Zugleich sind Unternehmer:innen durch exogene Schocks, die nicht selbst verursacht wurden, unerwartetem Druck ausgesetzt, der wenig Raum für Fehlentscheidungen lässt und bei dem unbedachtes Handeln schnell gravierende Folgen für das ganze Unternehmen haben kann. Dies gilt in besonderer Weise für Soloselbstständige und Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen je nach Branchenzugehörigkeit. Wenn diese Herausforderung, wie in der COVID-19-Pandemie geschehen, einen substanziellen Teil der Unternehmenslandschaft betrifft, können daraus schwerwiegende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme resultieren.

Vor diesem Hintergrund ist es von zentraler Bedeutung zu wissen, inwiefern staatliche Unterstützungsmaßnahmen den Unternehmer:innen Handlungsspielräume für erforderliche Anpassungen der unternehmerischen Tätigkeit an die Krisensituation verschaffen und damit zu deren Überleben beitragen. Diese betreffen die Effizienz, Zielgerichtetheit und Bedarfsorientierung staatlicher Hilfen ebenso wie den fairen, schnellen und reibungslosen Zugang zu den Hilfen. Die Beantwortung dieser Frage ist allerdings aus vielen Gründen herausfordernd, unter anderem, weil gerade auch in der Person der Unternehmer:innen liegende Merkmale hier eine große Rolle spielen, die weder in Statistiken noch in Unternehmensbefragungen berücksichtigt werden.

Forschungsfrage

In der vorliegenden Studie widmen wir uns der Frage, in welchem Ausmaß kleine Unternehmen, in denen die Person des/der Unternehmer:in von zentraler Bedeutung ist, von der COVID-19-Krise betroffen sind, wie sie mit der Situation umgehen und welche staatlichen Unterstützungsmaßnahmen von ihnen wahrgenommen und genutzt werden. Ferner interessiert uns, wie die Unternehmer:innen die Maßnahmen bewerten und welche alternativen und/oder zusätzlichen Maßnahmen sie als sinnvoll erachten. Ein besonderes Augenmerk liegt darauf, ob und inwieweit sich Unternehmer:innen je nach Branchenzugehörigkeit, Geschlecht und Migrationshintergrund diesbezüglich unterscheiden.

Die Grundlage unserer Untersuchung bilden semi-strukturierte Tiefeninterviews mit insgesamt 34 Unternehmer:innen aus ganz Deutschland. Die Auswahl der Interviewpartner:innen zielt auf maximale Variation im Hinblick auf Geschlecht, Migrationshintergrund und Krisenbetroffenheit der jeweiligen Branche, um Anhaltspunkte für eine möglicherweise unterschiedliche Wirkung der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen je nach spezifischer Untergruppe identifizieren zu können.

Die gewählte Vorgehensweise erlaubt aufgrund der begrenzten Anzahl der Interviews und der nicht-repräsentativen Auswahl der Interviewpartner:innen keine verallgemeinerbaren Rückschlüsse auf die Situation und Einschätzungen aller Unternehmer:innen in Deutschland. Allerdings ermöglicht das ergebnisoffene und tiefergehende Befragungsformat in Verbindung mit der Diversität der Interviewpartner:innen, erstmals unterschiedliche Hintergründe zu berücksichtigen und Antworten und Nuancierungen aufzudecken, die in einem standardisierten, geschlossenen Befragungsformat häufig unbemerkt bleiben.



Einordnung der Untersuchung

Seit März 2020 greift der Staat immer wieder in das wirtschaftliche Geschehen und weitere Lebensbereiche ein, um die weiterhin andauernde Pandemie einzudämmen (ein Überblick über die wesentlichen Liquiditätshilfen findet sich in Infobox 1). Für eine abschließende Bilanz ist es daher noch zu früh. Einige empirische Befunde zu den Folgen der COVID-19 Pandemie für Selbstständige und ihre Unternehmen liegen allerdings bereits vor. Sie sind teils widersprüchlich, zeugen jedoch von einer schwerwiegenden Krise für einen Teil der Unternehmen.

So zeigen repräsentative Umfragen unter Unternehmer:innen aus den Jahren 2020 und 2021, dass die COVID-19 Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung zu starken Umsatzeinbußen (Kritikos et al., 2020; Metzger, 2021), deutlichen Verlusten beim monatlichen Nettoeinkommen und großen temporären Rückgängen bei der geleisteten Arbeitszeit geführt haben (Schulze Buschoff & Emmmler, 2021). Besonders betroffen sind die Branchen Gastronomie und Beherbergung sowie Kunst, Kultur und Erholung (Stiel et al., 2021). In einer Umfrage der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) von 2021 berichteten zudem über 26 Prozent der befragten Unternehmen und sogar 35 Prozent der kleinen und Kleinstunternehmen von Schwierigkeiten beim Kreditzugang, mehr als doppelt so viele wie noch im Jahr 2020.

Unklar ist, wie sich die Pandemie auf das Festhalten an der Selbstständigkeit ausgewirkt hat. Daten aus der Gewerbeanzeigenstatistik legen einerseits nahe, dass bis in den Sommer 2021 hinein deutlich weniger Unternehmen geschlossen wurden als in Vorpandemiezeiten (Kranzusch & Kay, 2021). Analysen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zeigen andererseits, dass während der Pandemie mehr Selbstständige ihre Selbstständigkeit aufgegeben haben als in den Vorjahren (Kritikos et al., 2021). Auch differenziert nach Geschlecht ergeben die vorhandenen Informationen kein einheitliches Bild. Während im SOEP vor allem bei Frauen die Wahrscheinlichkeit steigt, aus der Selbstständigkeit auszusteigen (Kritikos et al., 2021), kann aus der Gewerbeanzeigenstatistik wiederum kein deutlich stärkerer Rückzug weiblicher Selbstständiger abgelesen werden. Da selbstständige Frauen in stärkerem Umfang von Einkommenseinbußen betroffen zu sein scheinen als Männer (Kritikos et al., 2021; Schulze Buschoff & Emmmler, 2021), läge es nahe, dass weibliche Selbstständige diese Selbstständigkeit häufiger aufgeben als männliche. Unbekannt ist allerdings, ob weibliche Selbstständige im Gegenzug häufiger von Unterstützungsmaßnahmen profitieren konnten, weil sie häufiger in den stark von der COVID-19-Pandemie betroffenen Branchen tätig sind.

Die wesentlichen Unterstützungsmaßnahmen im Überblick

Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurde eine Vielzahl an wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergriffen, die sich grob in drei Kategorien einteilen lassen: (1) Liquiditätshilfen, (2) Übernahme von Personalkosten (Kurzarbeitsentgelt) und (3) Einkommensersatzleistungen für Unternehmer:innen (Grundsicherung für Arbeitsuchende - SGB II).

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick der wesentlichen Liquiditätshilfen des Bundes, die von den Ländern teilweise noch ergänzt wurden. Es kann zwischen Krediten, Garantien und Beteiligungen sowie Zuschüssen zur Finanzierung von Anschaffungen (Investitionen) oder laufenden Kosten (Betriebsmittel) differenziert werden. Die Hilfen richten sich zu meist an Unternehmen aller Wirtschaftszweige, also auch an Soloselbstständige und Angehörige der Freien Berufe. Die Konditionen unterschieden sich teils nach Alter und Größe der Unternehmen. Da nur in den Vorjahren profitable Unternehmen gefördert wurden, bestand bis zum Sommer 2020 eine Förderlücke bei jungen Unternehmen (Start-ups).

Um den Lebensunterhalt von Selbstständigen abzusichern, wurde deren Zugang zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) erleichtert. Das bedeutet vor allem, dass auf eine Vermögensprüfung verzichtet wurde, sofern kein erhebliches Vermögen¹ vorliegt. Allerdings galt weiterhin die Erwartung, dass zunächst in einer Bedarfsgemeinschaft lebende Partner:innen einspringen, sofern deren Einkünfte dies zulassen.

¹ Erhebliches Vermögen liegt vor, wenn das erste Mitglied der Bedarfsgemeinschaft über ein verwertbares Vermögen von mehr als 60.000 Euro verfügt. Für jedes weitere Mitglied gilt eine Höchstgrenze von 30.000 Euro. Selbstgenutztes Wohneigentum gilt in der Regel als nicht sofort verwertbar und wird deshalb nicht als verwertbares Vermögen gewertet. Auch Vermögenswerte, die der Altersvorsorge dienen (insbesondere in Form von Kapitallebensversicherungen oder -rentenversicherungen) gelten nicht als verwertbares Vermögen.

Tabelle 1. Wesentliche Liquiditätshilfen des Bundes im Rahmen der COVID-19-Pandemie

Programm	Was wird gefördert?	Wer wird gefördert?	Worin liegt die Förderung?
KfW-Schnellkredit für Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten	Anschaffungen und laufende Kosten	Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten, die im Durchschnitt der Jahre 2017-2019 bzw. im Jahr 2019 einen Gewinn erzielt haben	100 % Risikoübernahme durch die KfW, keine Risikoprüfung durch die Hausbank
KfW-Kredit für Unternehmen (mehr als 5 Jahre am Markt)	Anschaffungen und laufende Kosten	Unternehmen, die länger als 5 Jahre am Markt sind	80 % Risikoübernahme durch die KfW, bis zu 90 % bei KMU
KfW-Kredit für junge Unternehmen (weniger als 5 Jahre am Markt) ERP-Gründerkredit – universell	Anschaffungen und laufende Kosten	Unternehmen, die 3 oder 4 Jahre am Markt aktiv sind bzw. mindestens 2 Jahresabschlüsse vorweisen können	80 % Risikoübernahme durch die KfW, bis zu 90 % bei KMU
KfW-Konsortialfinanzierung ab 25 Mio. Euro	Anschaffungen und laufende Kosten	Mittelständische und große Unternehmen	Direktbeteiligung an Konsortialfinanzierung, 80 % Risikoübernahme durch die KfW, jedoch max. 50 % der Gesamtverschuldung oder 30 % der Bilanzsumme der Unternehmensgruppe

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Tabelle 1

Programm	Was wird gefördert?	Wer wird gefördert?	Worin liegt die Förderung?
Corona-Soforthilfe für Kleinunternehmen und Soloselbstständige (03 – 05/2020)	Laufende Kosten	Kleinstunternehmen, Soloselbstständige, Angehörige der Freien Berufe mit bis zu 10 Beschäftigten, die in Folge von Corona in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind	Steuerbarer Zuschuss
Corona-Überbrückungshilfe I, II, III und III Plus (I: 06 – 08/2020, II: 09 – 12/2020, III: 11/2020 – 06/2021, III Plus: 07 – 12/2021)	I bis III: Betriebliche Fixkosten (u.a. Mieten, Pachten, Finanzierungskosten, Kosten für Auszubildende, Grundsteuern, Personalaufwendungen); III Plus: Zusätzlich „Restart-Prämie“ bei Erhöhung der Beschäftigung in den Monaten Juli bis September 2021	Unternehmen (auch Soloselbstständige und Freiberufler), deren Umsatz I: in den Monaten 04, 05/2020 zusammengekommen um mindestens 60 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, II: um mindestens 50 % in zwei zusammenhängenden Monaten zw. 04 – 08/2020 oder mindestens 30 % im Durchschnitt der Monate April bis August, III und III Plus: um mindestens 30 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum eingebrochen ist	Steuerbarer Zuschuss
November- und Dezemberhilfe	Ersatz des Umsatzausfalls von bis zu 75 % im November bzw. Dezember 2020	Unternehmen/Selbstständige, die von den Schließungen ab 2. November 2020 betroffen waren	Steuerbarer Zuschuss
Neustarthilfe (01 – 06/2021)	Kostenpauschale bis zu max. 7.500 € für Soloselbstständige und bis zu 30.000 € für Mehr-Personen- Kapitalgesellschaften	Soloselbstständige und Mehr-Personen-Kapitalgesellschaften	Vorschuss, der ganz oder teilweise zurückgezahlt werden muss, wenn der Umsatz um weniger als 10 % oder um 10 % bis 59 % eingebrochen ist
Neustarthilfe Plus (07 – 12/2021)	Kostenpauschale: pro Quartal bis zu 4.500 € für Soloselbstständige und bis zu 18.000 € für Mehr-Personen-Kapitalgesellschaften und Genossenschaften	Soloselbstständige, Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, unständig Beschäftigte sowie kurzfristig Beschäftigte in den Darstellenden Künsten	Vorschuss, der ganz oder teilweise zurückgezahlt werden muss, wenn der Umsatz um weniger als 10 % oder um 10 % bis 59 % eingebrochen ist.

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis laufender Angaben der KfW-Bankengruppe und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und des Bundesministeriums der Finanzen

Anders als zu den Auswirkungen der Pandemie auf das wirtschaftliche Geschehen gibt es bisher nur wenige Studien dazu, wie Selbstständige staatliche Hilfsmaßnahmen bewerten. Stiel et al. (2021) illustrierten auf Basis von rund 27.000 im Frühjahr 2020 befragten Selbstständigen, dass die mit dem Erhalt der Soforthilfe verbundenen Zukunftserwartungen vom Grad der Betroffenheit und dem Auszahlungszeitpunkt abhingen. In der Gastronomie und Beherbergung und im Bereich Kunst, Kultur und Erholung lagen die positiven Erwartungen in Hinblick auf die Wirkung der Soforthilfe über denen in weniger betroffenen Branchen. Zudem waren Selbstständige zuversichtlicher, welche die Hilfe in weniger als fünf Tagen nach Antragstellung erhielten, als solche, bei denen die Genehmigung länger auf sich warten ließ.

Im Juli 2021 wurden im Rahmen der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung 1.350 Selbstständige interviewt. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass die Einstellungen von Selbstständigen zu verschiedenen Aspekten der Krise sich nicht grundlegend von denen abhängig Beschäftigter unterschieden, auch wenn die Krisenerfahrungen differierten. So fühlten sich Selbstständige ähnlich gut informiert über das Krisenmanagement der Bundesregierung wie abhängig Beschäftigte. Allerdings waren die Selbstständigen den abhängig Beschäftigten beim Wissen über Hilfen voraus und haben diese Hilfen häufiger genutzt. Sie schätzten die Maßnahmen jedoch seltener als „existenzsichernd“ ein (Schulze Buschoff & Emmeler, 2021).

Haverkamp & Dilekoglu (2021) haben 16 von Frauen geführte Handwerksbetriebe in Berlin interviewt. Die überwiegende Zahl der Befragten hat die Soforthilfe in Anspruch genommen. Folgerichtig wurde die Soforthilfe auch positiv bewertet und stellte für die meisten der befragten Unternehmerinnen die wichtigste Stabilisierungsmaßnahme dar. Die Überbrückungshilfen wurden hingegen nur vereinzelt beantragt, weil die Schwellenwerte für Umsatzrückgänge für Handwerksbetriebe aus Sicht der Befragten zu hoch sind. Ebenso nutzten nur wenige die Möglichkeiten der Stundungen, der Kreditaufnahme oder des Kurzarbeitergeldes, weil deren Inanspruchnahme nach Einschätzung der Befragten mit höheren bürokratischen Hürden verbunden sind. An Informationen zu Hilfsprogrammen gelangten die Selbstständigen über vier Informationskanäle: Massenmedien, Newsletter der Kammern, Verbände oder Berufsgenossenschaften, Unternehmensnetzwerke und Steuerberater:innen. Die Informationspolitik der Kammern und Berufsgenossenschaften wurde ausdrücklich als positiv bewertet (Haverkamp & Dilekoglu, 2021).

Diese Studie ergänzt die bisherigen Erkenntnisse, indem die Situation von Selbstständigen und Kleinstbetrieben in den Blick genommen und die drei Merkmale „Branche“, „mit/ohne Migrationshintergrund“ und „Geschlecht“ in die Betrachtung einbezogen werden.

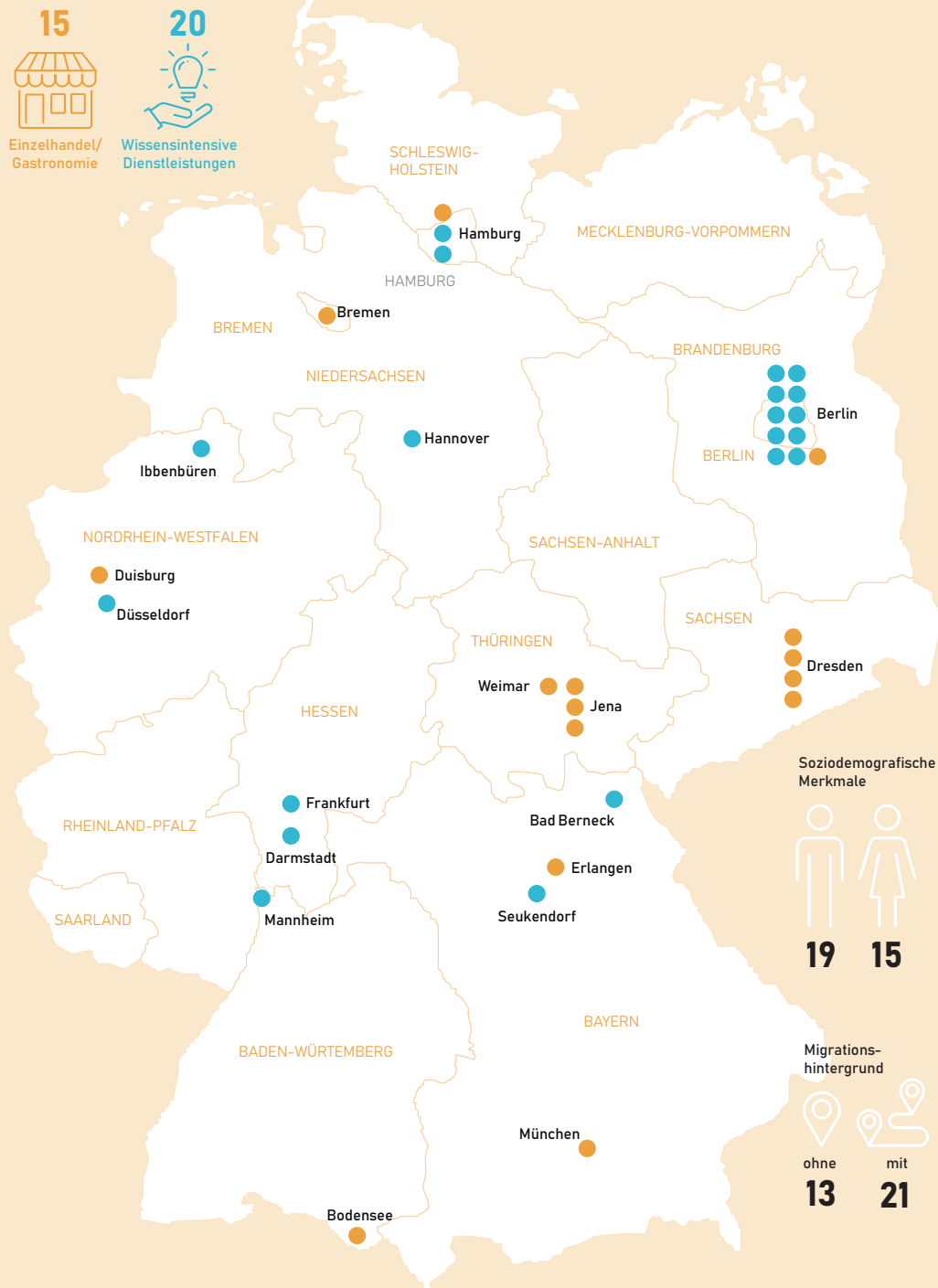
Vorgehen

Für diese Studie wurden zwischen Januar und August 2021 34 Selbstständige zu den Umständen und Folgen der COVID-19-Pandemie für ihr Unternehmen sowie zur Inanspruchnahme staatlicher Hilfsmaßnahmen und möglicher Unterstützungen durch Dritte interviewt. Um Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von Unternehmer:innen im Hinblick auf Wahrnehmung und Wirkung der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen zu identifizieren, wurden die Befragten nach den Merkmalen Geschlecht, Branchenzugehörigkeit und Migrationshintergrund ausgewählt. Die entsprechende Zusammensetzung des Samples ist Abbildung 1 zu entnehmen. Als besonders von der Pandemie betroffene Branchen wurden die Gastronomie und der Einzelhandel (ohne Lebensmittel und Online-Handel), und als nicht oder weniger betroffene Branche wurden wissensintensive Wirtschaftszweige wie IKT und Beratungsdienstleistungen ausgewählt. Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund wurden gemäß der Definition des Statistischen Bundesamtes unterschieden. Personen mit Migrationshintergrund sind demnach im Laufe ihres Lebens nach Deutschland zugewandert oder in Deutschland geboren, und haben mindestens einen Elternteil, der nach Deutschland zugewandert ist. Zu den Interviewten gehörten auch zwei Unternehmer:innen, die ihre Unternehmen während der COVID-19-Pandemie geschlossen haben. Weitere wesentliche Merkmale der Befragten sind Tabelle 2 zu entnehmen.

Der Zugang zu den Unternehmer:innen ergab sich aus Internetrecherchen, persönlichen Kontakten und Vermittlung durch Jobcenter, IHK und Beratungsinstitutionen. Angestrebt wurde eine möglichst gleiche Anzahl von Interviews in den jeweiligen Subgruppen. Bei der Suche nach weiteren Unternehmer:innen, die in der Krise schließen mussten, ergab sich Zurückhaltung seitens der Personengruppen.

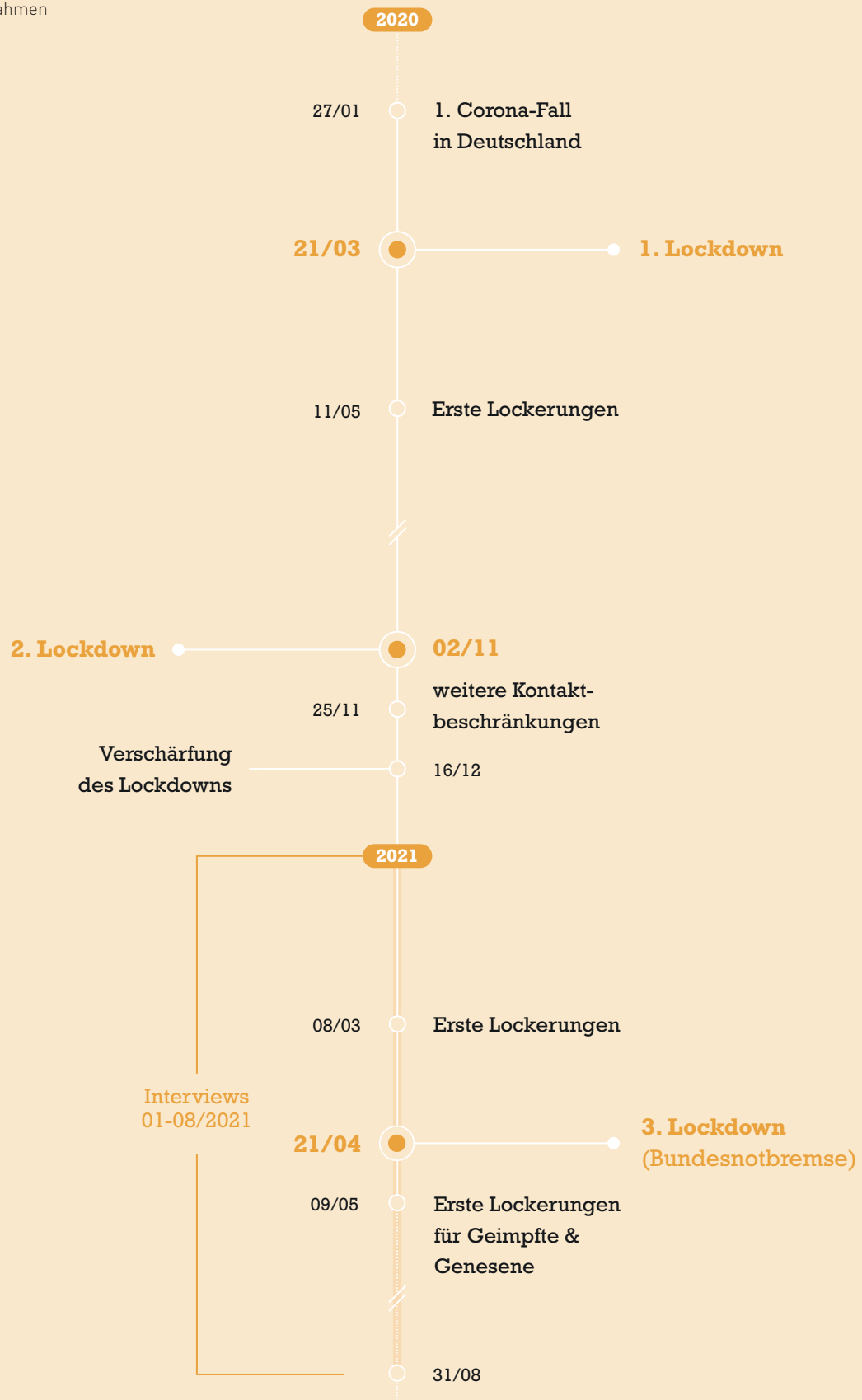
Tabelle 2
Interviewpartner:innen nach
ausgewählten Merkmalen
(Median)

Merkmal	Deutsch, männlich	Deutsch, weiblich	Migrantisch, männlich	Migrantisch, weiblich
Gastronomie/ Einzelhandel in %	57	50	50	33
Wissensinten- sive Dienst- leistungen in %	43	50	50	67
Alter (in Jahren)	52	48	36	47
Jahr der Zu- wanderung	n/a	n/a	2007	2009
Alter des Unter- nehmens (in Jahren)	20	12	4	7
Anzahl der Mitarbeitenden (Anfang 2020)	6	6	7	7
Anzahl der Interviewpart- ner:innen	7	6	12	9



Die Interviews, die zwischen 30 Minuten und einer Stunde dauerten, wurden persönlich oder per Videokonferenz anhand eines Leitfadens durchgeführt und aufgezeichnet. 25 Interviews wurden auf Deutsch geführt, 9 Gespräche fanden auf Englisch statt, weil der/die Unternehmer:in sich auf Englisch sicherer ausdrücken konnte. Die Interviews wurden anschließend transkribiert und anonymisiert mit Hilfe des Programms MAXQDA ausgewertet. Die Auswertung erfolgte durch ein induktiv-deduktives Analyseverfahren. Um mögliche Verzerrungen bei der Auswertung zu vermeiden, wurde das Vier-Augen-Prinzip angewandt.

Abb. 2
Eckpunkte des
zeitlichen Ablaufs der
Corona-Maßnahmen



2



Ergebnisse

Ausmaß der Reaktion auf die Krise

Um den Einfluss der Folgen der COVID-19-Pandemie auf die Unternehmen bewerten zu können, wurden die Unternehmer:innen zunächst nach ihrer Ausgangssituation vor dem ersten bundesweiten Lockdown befragt. Diese ist bei nahezu allen und über alle Teilgruppen hinweg sehr gut bis zufriedenstellend. Für viele stellte das Geschäftsjahr 2019 eines der besten ihrer bisherigen Geschäftstätigkeit dar, was sich in Umsatzsteigerungen und größeren Gewinnen ausdrückte. Die Unternehmer:innen befinden sich also in einer guten Ausgangssituation, um eine exogene Krise zu überstehen, wie dieses Zitat verdeutlicht:

“2019 war das beste Jahr, was wir jemals hatten und 2020 wäre noch ein bisschen besser gewesen.”

(Interview 4-2-4)

Variierendes Ausmaß der Betroffenheit

Die ersten Beschränkungen wirtschaftlicher Betätigung ab Ende Februar 2020 und insbesondere der bundesweite Lockdown ab dem 22. März trafen viele Unternehmer:innen dennoch hart (s. Abb. 2). Allerdings sehen wir eine große Kluft zwischen den untersuchten Branchen. Während die Gastronomie und der Einzelhandel große Einbußen verzeichnen, kommen wissensintensive Branchen glimpflicher davon. Hingegen scheint es innerhalb der einzelnen Branchen keine oder nur schwach ausgeprägte Unterschiede bei der Betrachtung der Unternehmer:innen nach Geschlecht und Migrationshintergrund zu geben. Da Unternehmer:innen mit Migrationshintergrund statistisch gesehen stärker in den Bereichen Gastronomie und Einzelhandel tätig sind (Güllü et al., 2020), werden sie im Schnitt jedoch stärker durch die Krise betroffen sein als Unternehmer:innen ohne Migrationshintergrund. Dies gilt ähnlich auch für weibliche Selbstständige (Kritikos et al., 2021; Metzger, 2021).

Insgesamt geht die Erfahrung des ersten Lockdowns insbesondere für die Unternehmer:innen in Einzelhandel und Gastronomie mit großer Verunsicherung über die Zukunftsaussichten der Unternehmen einher. Ähnlich, jedoch weniger stark ausgeprägt gilt dies auch für die Phase des zweiten Lockdowns, der am 2. November 2020 begann (s. Abb. 2). Die Unternehmer:innen im wissensintensiven Bereich sind weniger in ihrer Geschäftstätigkeit eingeschränkt, mussten dafür aber kurzfristige Umstellungen meistern und/oder waren mit Finanzierungsproblemen konfrontiert. Dies betrifft insbesondere diejenigen, die sich gerade im Gründungsprozess befanden oder erst seit kurzem die Geschäftstätigkeit aufgenommen hatten.

“[...] wir hatten von einem Tag auf den anderen kein Geschäft mehr.”

(Interview 1-10-1)

Insgesamt gehen die Unternehmer:innen aller Gruppen aktiv mit der Krise um. Zumeist wurde gleich ein Bündel an Maßnahmen ergriffen, um auf die wirtschaftliche Ausnahmesituation zu reagieren. Einige Aspekte sind hierbei besonders auffällig:

Die Anpassungsmaßnahmen in den wissensintensiven Branchen dienen in erster Linie der Modernisierung und Digitalisierung von Arbeitsprozessen, z.B. durch Investitionen zur Stärkung der Telearbeit von zu Hause aus, sowie durch organisatorische Regelungen mit den Mitarbeiter:innen und Absprachen mit Geschäftspartner:innen oder die schnelle Bereitstellung des kompletten Leistungsangebots in digitaler Form. In den Bereichen Gastronomie und Einzelhandel liegt der Schwerpunkt des Handelns hingegen vor allem auf der Anpassung des Geschäftsmodells an die Pandemie-Bedingungen. Dazu zählt etwa die Verlagerung des Geschäfts auf den Straßenverkauf und das Angebot eines Lieferservices. Dies wurde durch entsprechende Anpassungen des Auftritts der Unternehmen im Internet und den sozialen Medien flankiert.

Schwerpunkte der Anpassung

Die Mehrzahl der Unternehmer:innen ist bestrebt, möglichst alle Beschäftigten zu halten. Dies liegt vor allem an einem Gefühl der Verantwortung gegenüber den Mitarbeiter:innen begründet. Ein weiterer Grund ist die Befürchtung, andernfalls nach der Krisensituation Probleme mit der Rekrutierung geeigneten Personals zu bekommen. Zum Zeitpunkt der Interviews hat sich diese Befürchtung insbesondere in der Gastronomie vielfach bewahrheitet. Die Befragten aus dieser Branche nannten mehrfach die angespannte Personalsituation und die Probleme bei der Rekrutierung von Mitarbeiter:innen als größte Herausforderungen zum Zeitpunkt der Interviews im Sommer 2021.

Beschäftigung sichern

Viele Befragte vernetzten sich in der Krise enger mit anderen Unternehmer:innen aus ihrer Branche. In Märkten mit starkem Wettbewerb ist eine solche Vernetzung in normalen Situationen eher selten. In Ausnahmesituationen wie der COVID-19-Pandemie, die durch hohe Unsicherheiten geprägt sind, scheinen die Vorteile einer solchen Kooperation aber deren Nachteile zu überwiegen. Allerdings führt dies nicht dazu, dass gemeinsam gehandelt wird, vielmehr beschränken sich die Vernetzungsaktivitäten zumeist auf den Informationsaustausch, z.B. über aktuell geltende Beschränkungen für die Branche oder die Frage, wo und wie Hilfe beantragt werden könnte. Dabei fällt auf, dass es primär Unternehmer:innen aus den wissensintensiven Bereichen sind, die den Erfahrungsaustausch mit anderen Unternehmer:innen als wichtige Ressource benennen. Eine Erklärung könnte darin liegen, dass wissensintensive Unternehmer:innen zunehmend global vernetzt sind und hier auf ihre transnationalen Kontakt-netze verweisen (vgl. hierzu auch Schäfer, 2021; David et al., 2019; Leicht et al., 2017).

Vernetzung & Austausch

Gruppenunterschiede

In den Interviewergebnissen finden sich kaum Hinweise auf unterschiedliche Handlungsweisen und Reaktionen von Frauen und Männern, sowie Unternehmer:innen mit und ohne Migrationshintergrund. Einzig beim Umgang mit der Digitalisierung der Geschäftsprozesse äußern Unternehmerinnen gelegentlich größere Schwierigkeiten als Unternehmer. Eine mögliche Erklärung könnte der Corona-bedingte höhere Sorge- bzw. Betreuungsaufwand (z.B. Home-Schooling) sein, der sich auch bei den Mitarbeiterinnen zeigt. So äußert sich eine Interviewpartner:in wie folgt:

“[...] eine Mitarbeiterin ist vorhin in Tränen ausgebrochen [...] und hat gesagt, dass sie die neue Kollegin im Büro einarbeiten möchte, also erst einmal weg von Zuhause, endlich mal keine Kinder, also sie liebt ihre Kinder, um Gottes Willen, aber eben nicht diese vierfach Belastung von Mutter, Hausfrau, Lehrerin und Berufstätige, [...] das sind vier verschiedene Hüte, die jemand da auf hat, das ist ganz ganz schwierig.”

(Interview 3-12-1)

Wenngleich weniger häufig, äußern sich auch Unternehmer zur Doppelbelastung.

“Ich persönlich, mich strengt das Arbeiten insofern gar nicht, sondern mehr die aktuelle Zuhause-Situation, wenn man Kinder hat. Das ist viel anstrengender als die Arbeit.”

(Interview 5-1-2)

Unternehmensaufgabe

Mit dem Gedanken der Aufgabe des Unternehmens oder des Ergreifens von Alternativen zur eigenen unternehmerischen Tätigkeit haben sich die Befragten höchstens kurzzeitig beschäftigt. Sie stellen sich im Gegenteil sofort den Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie und versuchen gegenzusteuern und sich an die Verhältnisse anzupassen. Die Krise wird vielfach genutzt, um die eigene Geschäftstätigkeit kritisch zu reflektieren und das Geschäftsmodell auf den Prüfstand zu stellen.

“Ich habe sowieso das Gefühl gehabt, in den letzten 18 Monaten hätte ich keine Messe veranstalten können und diese Zeit habe ich anders investiert für [ein] neues Geschäftsmodell und [um einen] neuen Kundenstamm auszubauen. Und ich bin ganz, ganz froh, dass ich das gemacht habe.”

(Interview 5-3-1)

Angesichts dieser positiven Befunde sei nochmals darauf hingewiesen, dass wir lediglich zwei Unternehmer:innen befragt haben, die während der Krise ihre Geschäftstätigkeit beendet haben. Insofern spiegeln diese Ergebnisse nicht die gesamte Breite unternehmerischer Erfahrungen im bisherigen Verlauf der COVID-19-Pandemie wider.

Die beschriebenen Reaktionen der Unternehmer:innen gewähren Einblicke in die von ihnen selbst eingeleiteten Handlungen als sofortige Antwort auf die Krise. Während im Folgenden die Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsmaßnahmen durch die Unternehmer:innen vorgestellt werden, ist festzuhalten: Die an der Studie teilnehmenden Unternehmer:innen ergreifen in den meisten Fällen sofort in Abhängigkeit von ihren Möglichkeiten Eigeninitiative und warten nicht vorrangig auf externe Hilfen. Einige der Befragten haben aufgrund guter Vorbereitung schnell auf Online-Angebote und Remote-Arbeit umgestellt. Andere suchen selbstständig nach Hilfsangeboten und vernetzen sich stärker mit Gleichgesinnten. Weitere Ergebnisse, auf die hier nicht ausführlich eingegangen wird, ergeben, dass sich Unternehmer:innen zugleich um ihr eigenes Selbstfinden kümmern und sich der eigenen Person stärker widmen. Einige geben als Grund an, dass sie sich neu ausrichten, nachdenken und Kräfte tanken wollen, damit sie ihre leitende Tätigkeit und Verantwortung erneut aufnehmen können.

“I think I took more time for myself because it was kind of a long break in a way that I could reassess, reschedule my life somehow and prioritize my stuff, my life. It was more on a personal level.”

[Interview 2-1-6]

Nutzung, Wahrnehmung und Bewertung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen

Etwas mehr als zwei Drittel der befragten Unternehmer:innen nehmen während der COVID-19-Pandemie staatliche Hilfgelder oder andere unterstützende staatliche Maßnahmen in Anspruch. Das Spektrum der genutzten Unterstützungsmaßnahmen ist groß. Es reicht von der so genannten Corona-Soforthilfe über die später hinzugekommenen November- und Dezemberhilfen, Überbrückungshilfen I, II und III, Kredite der KfW-Bank sowie Hilfgelder von Investitionsbanken einzelner Bundesländer (s. Info-box 1). Neben diesen direkten finanziellen Unterstützungen wird auch die Kurzarbeit von einer großen Zahl der Unternehmer:innen als wichtiges Instrument erachtet und benannt.

Rund ein Drittel der Befragten nehmen aus unterschiedlichen Gründen keine staatliche Unterstützung in Anspruch. Letztlich gehen sie davon aus, nicht anspruchsberechtigt zu sein, sei es, weil ihr Umsatzrückgang nicht hoch genug war, das Unternehmen im Moment der Krise noch zu jung war und keine Umsätze für das Geschäftsjahr 2019 vorlagen, oder weil sie als Start-up oder Unternehmen im wissensbasierten Bereich nicht zur Gruppe der antragsberechtigten Unternehmen gehören.

Gruppenunterschiede

Bei der Inanspruchnahme staatlicher Hilfen gibt es keine Unterschiede zwischen Unternehmerinnen und Unternehmern und auch keine nennenswerten Differenzen zwischen Unternehmer:innen mit und ohne Migrationshintergrund. Größere Unterschiede in dieser Hinsicht zeigen sich mit Blick auf die Branchenzugehörigkeit: Während alle befragten Gastronom:innen und Einzelhändler:innen staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen, tut dies nur etwas mehr als die Hälfte der wissensbasierten Unternehmen. Hierin spiegelt sich die unterschiedliche Betroffenheit einzelner Branchen von den Einschränkungen der Geschäftstätigkeit aufgrund der Lockdowns, die unterschiedlichen Möglichkeiten auf pandemieeindämmende Vorgaben reagieren zu können und die sich daraus ergebenden Geschäftsmöglichkeiten wider. So gehören einige der befragten Unternehmer:innen der IT- oder vergleichbaren Branchen an und zählen infolge der pandemiebedingten Digitalisierung zu den „Corona-Gewinner:innen“.

Über die staatlichen Hilfen hinaus nutzen die Befragten vor allem Nachlässe oder die Stundung der Miet- und Nebenkosten. Diese Hilfe wird nur von Gastronom:innen und Einzelhändler:innen sowie Unternehmer:innen ohne Migrationshintergrund in Anspruch genommen.

Informationsquellen

Die Informationsquellen, aus denen die Unternehmer:innen von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen erfahren, lassen sich in sechs Kategorien einteilen: (1) Steuerberater:innen, (2) persönliche Netzwerke, Freund:innen, andere Unternehmer:innen, Kund:innen, (3) klassische Medien, (4) Soziale Medien, Internet, (5) Verbände, Kammern, Innungen, (6) staatliche Stellen. Vielfach wurden mehrere Quellen gleichzeitig benannt.

Welche Informationsquellen genutzt werden, hängt am stärksten von der Branchenzugehörigkeit ab. Fast alle der befragten Unternehmer:innen aus den Branchen Gastronomie/Einzelhandel geben an, über ihre Steuerberater:innen von den Hilfen erfahren zu haben. Unternehmer:innen aus dem wissensintensiven Bereich nennen diese nur vereinzelt. Die Mehrzahl der Gastronom:innen und Einzelhändler:innen informieren sich auch über die klassischen Medien. Im Gegensatz dazu bilden Soziale oder andere Online-Medien die wichtigste Informationsquelle für die Mehrzahl der Befragten aus wissensintensiven Branchen.

Gleichwohl hat der Migrationshintergrund Einfluss. So nennen zwar auch Unternehmer:innen mit Migrationshintergrund vielfach ihre Steuerberater:innen als Informationsquelle, bewerten jedoch, anders als die anderen Gruppen, ihre persönlichen Kontakte als fast genauso relevante Informationsquelle. Die Unterstützung durch familiäre und/oder freundschaftliche Netzwerke geht bei Unternehmer:innen mit Migrationshintergrund über die reine Informationsweitergabe hinaus und mündet teilweise in finanzieller und sonstiger Unterstützung (vgl. hierzu auch Dienes & Schlepphorst, 2019; David et al., 2019; Leicht et al., 2017; Metzger, 2016). Eine solche weitergehende Unterstützung durch ein familiäres oder auf Freundschaft basierendes Netzwerk wird von nur einer Unternehmerin ohne Migrationshintergrund genannt.

Die Mehrzahl der Unternehmer:innen, die Hilfen in Anspruch genommen haben, äußern sich sehr positiv, vielfach wird ganz offen Dank zum Ausdruck gebracht:

Wahrnehmung und Bewertung der Hilfen

“[...] zu der Zeit stand ja die Sofort-Hilfe zur Verfügung. Ich habe die auch angenommen. Das heißt, ich habe die (...) beantragt, direkt am (..) ersten Tag und ich habe die Sofort-Hilfe am Sonntag ausbezahlt bekommen. Das war einfach (..), das war krass einfach, also es war wirklich so unvorstellbar, dass wirklich so (...) diese finanzielle Sicherheit in dem Moment und dafür bin ich wirklich so, so dankbar, dass die da war. Das hat mir so viel Puffer und Freiheiten gegeben für den einen Moment, dass diese Maßnahmen einfach (..) das war das Beste was mir damals passieren konnte.”

(Interview 2-11-5)

“I am very thankful for the financial support that we are getting from the state.”

(Interview 2-1-6)

Die Unternehmer:innen, die bewusst auf Unterstützung verzichten, unterstreichen demgegenüber selbstbewusst die wirtschaftliche Stärke und Unabhängigkeit ihres Unternehmens. An dieser Stelle gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen den befragten Gruppen.

Trotz der generell positiven Einschätzung der Hilfen gibt es vereinzelt Kritik an den – als teils „unsinnig“ oder widersprüchlich angesehenen – Anspruchsvoraussetzungen für die Hilfen und einem als zu hoch wahrgenommenen bürokratischen Aufwand bei der Beantragung derselben. Dies durchaus auch in sehr scharfer Diktion:

Verwaltungsaufwand

“Das hätten wir nicht gewollt, [...] weil [...] wir dort schon genügend Ärger hatten und irgendwelche sinnlosen Maßnahmen und alles nachweisen mussten.”

(Interview 6-4-8)

Der hohe bürokratische Aufwand manifestierte sich beispielsweise auch in den sich ständig ändernden Bestimmungen, die viele Unternehmer:innen schlicht überfordern. Hinzu kommt, dass der Informations- und Beratungszugang zu Unterstützungsmaßnahmen oft als entweder defizitär oder unstrukturiert wahrgenommen wird. Dies zeigte sich an den zentral von Bund und Ländern zur Verfügung gestellten Informationskanälen. Diese

Kanäle nehmen die Befragten wegen des „unüberschaubaren“ Umfangs an Informationen und der Unübersichtlichkeit der Informationsangebote als nicht befriedigend wahr. Die häufig bürokratische Sprache der relevanten Dokumente erschwert die Informationsaufnahme zusätzlich. Unternehmer:innen mit Migrationshintergrund berichten eher über bürokratische Hürden als Unternehmer:innen ohne Migrationshintergrund. Erstere verweisen in diesem Zusammenhang zum Teil auf sprachliche Probleme.

Manche Befragte berichten von ihrer Angst, im Beantragungsprozess etwas falsch zu machen und damit noch zusätzliche Probleme zu erzeugen, mit denen sie im Nachhinein hätten umgehen müssen. Anderen sind die Berechnungsgrundlagen für die Hilfen und die Höhe der finanziellen Unterstützung unklar. Einige Befragte, vor allem aus jüngeren Unternehmen kritisierten, dass sie nicht anspruchsberechtigt sind, obwohl sie die Hilfen nötig haben. Nicht zuletzt beklagen einige, dass die pekuniären Hilfen zu spät kommen und sie dadurch in Schwierigkeiten geraten sind.

Ein Teil der Coronahilfen kann nur über Steuerberater:innen beantragt werden. Dies erweist sich gerade für Soloselbstständige und Kleinstunternehmer:innen, die an sich keine/n Steuerberater:in benötigen und deswegen auch keine/n haben, als problematisch, weil die Steuerberater:innen stark ausgelastet sind und häufig keine neuen Mandant:innen annehmen.

In der Zusammenschau scheint den meisten Unternehmer:innen eine Erhöhung pekuniärer Hilfen zweitrangig, stattdessen wird eine stärker individualisierte, bedarfsorientierte Hilfe gefordert. Zudem wird eine flexiblere Handhabung der Hilfsgelder gewünscht, bspw. der Einbezug der Fixkosten in die Hilfsgelder.

“Also das einzige, dass ich mir gewünscht habe, war mehr Klarheit und bessere Erklärungen, was als Unterstützung zur Verfügung steht, weil von meiner Buchhalterin (...) sie war manchmal selbst überfragt.”

[Interview 5-3-1]

Neben der Kritik an den Prozeduren gibt es aber ebenso positive Rückmeldungen über den reibungslosen Ablauf bei der Beantragung und dem Erhalt der Hilfen. Dies wird jedoch von den Befragten darauf zurückgeführt, dass Dritte (Steuerberater:innen) die Beantragung für sie übernommen hatten.

Auf die Frage, welche zusätzlichen oder alternativen Unterstützungsmaßnahmen in der COVID-19-Pandemie hilfreich gewesen wären, nehmen einige Befragte Bezug auf das genannte Informations- und Beratungsdefizit und äußern den Wunsch nach der Einrichtung einer zentralen, kostenlosen und zugleich informierenden Krisenhotline, die im persönlichen Kontakt schneller Abhilfe schafft.

“Ich glaube, es ist immer halt wichtig da so eine (...) Notrufnummer zu haben für Unternehmer, dass man da anrufen kann und kurz sagen kann: Was ist das Problem, was ist die Situation. Um dann zu erfahren: Okay, ich kann irgendwie zu der und der Stelle weitergeleitet werden, oder diese oder jene, also die IHK hilft mir, oder die NRW Bank, oder der nächste Berater, der um die Ecke wohnt. So ähnlich kann ich es mir vorstellen.”

(Interview 2-11-5)

Der Wunsch nach mehr Beratungsangeboten richtet sich auf den Umgang mit den Unterstützungsmaßnahmen, da die Steuerberater:innen bei der Antragsstellung eine zentrale Rolle einnehmen. Ein Unternehmer nennt den kostenlosen Zugang zu Steuer- und Unternehmensberatung als hilfreiche Unterstützungsmaßnahme.

Darüber hinaus wird Beratung im Hinblick auf das generelle unternehmerische Handeln in der Krise, einen Neustart nach Corona oder die Erweiterung/Konsolidierung des Unternehmens, unabhängig von der Krise, gewünscht.

Ein anderer Unternehmer spricht sich für staatliche Unterstützung bei der Vernetzung der betroffenen Unternehmer:innen aus, um Abhilfe für den mangelnden Zugang zu Informationen zu schaffen.

Mehrere Befragte kritisieren, dass die finanzielle staatliche Hilfe keinen Unternehmer:innenlohn abdeckt. Die eigenen Lebenshaltungskosten werden so für viele der befragten Klein- und Kleinstunternehmer:innen zum kritischen Faktor.

“Ich hätte mir gewünscht, dass man so ein bisschen eine Unterstützung bekommen würde, dass wir die Fixkosten, also die laufenden Kosten nicht alle selber tragen müssen, also ich lebe von meinen Reserven, ohne würde ich gar nicht mehr da sein.”

(Interview 3-11-4)

Gruppenspezifische Unterschiede

Von einigen Unternehmer:innen wird der Wunsch nach mehr finanzieller Unterstützung geäußert. Dabei wird auch die Sorge bezüglich des Fachkräftemangels bei anlaufender Wirtschaft nach der COVID-19-Krise artikuliert, insbesondere Unternehmer:innen aus dem Gastronomiebereich weisen hierauf.

Inwiefern unterscheiden sich die verschiedenen Gruppen im Hinblick auf weitere gewünschte Hilfsmaßnahmen? Zwischen Unternehmerinnen und Unternehmern sind lediglich geringe Unterschiede zu erkennen. Um nicht in eine finanzielle Abhängigkeit zu geraten, betonen einige Unternehmerinnen im Unterschied zu den Unternehmern, dass sie eher keine staatlichen Hilfen beantragen würden.

Den Bedarf einer verbesserten Informationsaufbereitung und Informationsverbreitung wird zwar von allen Unternehmer:innen betont, in besonderem Maße jedoch von Unternehmer:innen mit Migrationshintergrund. Dies steht in Verbindung mit der Kritik der migrantischen Unternehmer:innen an der bürokratischen Sprache, in der die Informationen abgefasst sind.

Einige Unternehmer:innen ohne Migrationshintergrund sehen ihre finanziellen Bedarfe als gedeckt, andere, besonders aus der Gastronomie, wünschen sich mehr finanzielle Unterstützung. Dies könnte ein Hinweis auf die prekäre Lage in diversen Sektoren in der COVID-19-Pandemie sein und kann unabhängig vom Migrationshintergrund der Unternehmer:innen betrachtet werden. Generell stufen Unternehmer:innen mit Migrationshintergrund staatliche Hilfen als wichtige Maßnahme ein. Dabei werden als hilfreiche Unterstützungsangebote auch materielle Hilfen wie Tests und Masken genannt.

Unternehmer:innen ohne Migrationshintergrund wiederum äußern häufiger einen Bedarf an Austauschforen und wünschen sich ein „Mehr“ an Unterstützung durch die Kammern. Genannt werden hier z.B. Beratung zum Thema Infektionsschutzgesetz und Hygiene. Ein solcher Wunsch wird von den migrantischen Unternehmer:innen nicht formuliert. Möglicherweise sind sich die migrantischen Unternehmer:innen der Bedeutung und der Aufgaben der Kammern nicht so bewusst und nehmen diese Institutionen nicht als Dienstleister für ihre unternehmerischen Belange wahr.

3



Resümee

Schlussfolgerungen

Mit der vorliegenden Studie sind wir der Frage nachgegangen, inwiefern staatliche Unterstützungsmaßnahmen den Unternehmer:innen Handlungsspielräume für erforderliche Anpassungen der Geschäftstätigkeit in der Krisensituation verschaffen und damit zu deren Überleben beitragen. Auch wenn die Ergebnisse nicht repräsentativ sind, so hat die Offenheit der befragten Unternehmer:innen und die inhaltliche Tiefe der Interviews wesentlich dazu beigetragen, ein besseres Verständnis der Betroffenheit, der Wahrnehmung und des Umgangs mit den wirtschaftlichen und persönlichen Herausforderungen der COVID-19-Pandemie zu entwickeln.

Mit Blick auf künftige Krisen ist es entscheidend, über detaillierte Einblicke zur Inanspruchnahme und Passgenauigkeit staatlicher Hilfen aus der Perspektive von Soloselbstständigen und kleinen Unternehmen zu verfügen, um Politikempfehlungen für den weiteren Umgang mit dieser oder den Umgang mit künftigen Krisen zu formulieren. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass mit der Gastronomie/dem Einzelhandel und wissensintensiven Sektor zwei Branchen in die Betrachtung einbezogen wurden, die in unterschiedlichem Ausmaß von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen waren bzw. sind.

Die Ergebnisse unserer Studie zeigen, dass die Unternehmer:innen unabhängig von Branchenzugehörigkeit, Geschlecht und Migrationshintergrund vor der COVID-19-Pandemie in einer wirtschaftlich soliden Ausgangslage waren. Mit Beginn der Krise und den damit verbundenen Kontaktbeschränkungen und Lockdowns veränderte sich die Situation in Teilen schlagartig. Konfrontiert mit diesem exogenen Schock, sind die befragten Unternehmer:innen jedoch nicht in eine „Schockstarre“ verfallen, sondern haben einen aktiven Umgang mit der wirtschaftlichen Ausnahmesituation gewählt. Zumeist wurde gleich ein ganzes Bündel selbstinitiiertter Aktivitäten ergriffen. Die Fähigkeit sich auf die neue Situation einzulassen – sei sie auch noch so herausfordernd – und aktiv nach Lösungen zu suchen, weist auf einen ausgeprägten „Unternehmer:innengeist“ hin. Ebenso wie staatliche Unterstützungsmaßnahmen, scheint also die persönliche Disposition der Unternehmer:innen eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen unternehmerischen Umgang mit der Krise zu sein.

Als besonders herausfordernd wurde von den Unternehmer:innen die angestrebte Sicherung der Beschäftigten erlebt. Den künftigen Fachkräftemangel antizipierend, war dies ein zentrales Anliegen gerade auch der Unternehmen in der Gastronomie. Daneben stellte die Digitalisierung ein weiteres zentrales Thema dar. Während den Unternehmer:innen aus den wissensintensiven Branchen die Ausweitung digitaler Arbeitsprozesse einschließlich Homeoffice eher leicht fiel, stellte die Umstellung die Unternehmer:innen aus Gastronomie und Einzelhandel vor größere Herausforderungen, da eine Anpassung des gesamten Geschäftsmodells an die Pandemiebedingungen erforderlich war. Insgesamt zeigen unsere Ergebnisse, dass – wie eingangs vermutet – Gastronomie und Einzelhandel in

besonderer Weise von der Pandemie betroffen sind. Im Gegensatz dazu scheint die Krise für einige der wissensintensiven Unternehmen sogar neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnet zu haben. Dies gilt insbesondere für diejenigen unter ihnen, die sich bereits im Vorfeld der Pandemie mit digitalen Geschäftsmodellen auseinandergesetzt hatten.

Neben diesen Branchenspezifika konnten in Bezug auf den Umgang mit der COVID-19-Krise nur marginale Unterschiede zwischen den Gruppen nach Geschlecht und Migrationshintergrund festgestellt werden. Interessant ist jedoch, dass Unternehmer:innen mit Migrationshintergrund ihre persönlichen Kontakte und Netzwerke in manchen Fällen nicht nur häufiger als Informationsquellen, sondern ebenso zur finanziellen und sonstigen Unterstützung ihrer unternehmerischen Aktivitäten zu nutzen scheinen.

Politikempfehlungen

1 Etablierung einer leicht zugänglichen, zentralen Informationsseite zur transparenten Darstellung aller staatlichen Unterstützungsleistungen

Relevante Informationen über staatliche Unterstützungsleistungen sollten möglichst zeitnah und verständlich alle Unternehmer:innen erreichen. Dies kann mittels einer neu einzurichtenden, übergeordneten, zentralen Informationsseite umgesetzt werden (bspw. „www.krisenhotline-des-bundes.de“ oder „www.unterstuetzungshotline-des-bundes.de“), die auf die wichtigsten Internetseiten staatlicher Stellen auf Bundes- und Landesebene verweist und mit diesen verknüpft ist. Die Webseite sollte als ein „Kompass“ fungieren, indem die wichtigsten Unterstützungsleistungen priorisiert und kurz beschrieben werden. So sparen die Unternehmer:innen Zeit bei der Recherche nach Hilfsangeboten. Auch auf die telefonischen Service-Hotlines des Bundes sollte hingewiesen werden. Zusätzlich könnten angrenzende Informationen, z.B. zu den aktuell geltenden Regelungen des Infektionsschutzes oder Hygienemaßnahmen, angeboten werden.

Für die Effektivität einer solchen Informationsseite erscheint uns die Überwindung sprachlicher Barrieren von besonderer Bedeutung. Deshalb empfehlen wir eine Übersetzung der Informationen nicht nur in „Einfache Sprache“, sondern auch in die Sprachen größerer Gruppen von Zugewanderten, aus deren Reihen es in zunehmenden Maße Unternehmer:innen in Deutschland gibt. Nur so kann die überwiegende Mehrheit der Unternehmer:innen effektiv erreicht werden. Ergänzend könnten Visualisierungen helfen, die Seiten noch verständlicher zu gestalten.

Um zeitnah einen hohen Bekanntheitsgrad zu erreichen, sollte diese zentrale Informationsseite über die verschiedenen Social-Media-Kanäle, Radio, TV und Print-Medien beworben werden, wobei insbesondere auf die Kanäle der migrantischen Communities zugegriffen werden könnte.

2 Entwicklung einer Netzwerk-Plattform für den unternehmerischen Austausch, insbesondere für Unternehmen mit geringerem Digitalisierungsgrad

Gerade in Krisenzeiten und in Zeiten von Kontaktbeschränkungen scheint

bei vielen Unternehmer:innen ein Bedarf des Austauschs über Online-Medien (wie z.B. Facebook oder Messenger-Dienste) zu bestehen. Allerdings wird dies von Selbstständigen aus Branchen mit geringem Digitalisierungsgrad bzw. Social-Media-Kenntnissen (z.B. Gastronomie, Einzelhandel) noch wenig genutzt.

Wir empfehlen daher, für diese Gruppen eine bundesweite Netzwerk-Plattform (z.B. „www.unternehmensnetzwerk-des-bundes.de“) einzurichten, die mit möglichst geringem Aufwand genutzt werden kann und einen Peer-to-Peer Austausch ermöglicht. Hierfür könnte ein bundesweit anerkannter Träger die Erstellung und Betreuung der Netzwerk-Plattform übernehmen. Der Austausch zwischen den Unternehmer:innen könnte zudem durch professionelle Berater:innen begleitet werden, die ihnen sowohl bei der allgemeinen Stärkung ihrer Unternehmen und deren Krisenfestigkeit helfen (z.B. im Hinblick auf die Digitalisierung ihres Geschäfts oder ihrer Arbeitsprozesse), als auch bei der Bewältigung akuter Krisensituationen zur Seite stehen.

Damit dieses Austauschforum einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht, bietet sich ebenfalls die Verbreitung über verschiedene Social-Media-Kanäle an. Neben den bereits erwähnten Kanälen könnten Kammern und kommunale Wirtschaftsförderungen auf die Netzwerk-Plattform verweisen.

3 Aufbau eines Pools staatlich anerkannter Berater:innen

Die große Mehrheit der befragten Unternehmer:innen verwies auf die zentrale Bedeutung der Steuerberater:innen bei der Antragsstellung von staatlichen Hilfeleistungen als essenziell. Kleine Unternehmen verfügen im Vergleich zu mittleren und größeren Unternehmen jedoch häufig über geringere finanzielle Ressourcen. Aufgrund dieses Mangels können sich Kleinunternehmer:innen vielfach keine Steuerberatung leisten und sind deswegen bei der Möglichkeit der Beantragung staatlicher Unterstützungsleistungen (u.a. Überbrückungsgeld, Neustarthilfe) benachteiligt, da solche Leistungen ausschließlich über Steuerberater:innen beantragt werden konnten. Zudem bedingen Krisen häufig eine Neu- oder Umstrukturierung des Unternehmens. Auch für diesen Prozess kann eine Beratung förderlich sein.

Wir empfehlen daher, entsprechende Beratungsleistungen bundesweit bspw. über einen Gutschein zu finanzieren und so den Unternehmer:innen zur Verfügung zu stellen. Um die Beratung gewährleisten zu können, bedarf es einer Infrastruktur über die Steuerberater:innen hinaus. Darunter verstehen wir einen Pool zertifizierter Berater:innen und staatlicher Intermediäre wie z.B. IHK, HWK oder das Institut für Freie Berufe, die insbesondere drei Aufgaben wahrnehmen sollen: (1) Hilfestellung für die Unternehmer:innen bei der Wahl und der anschließenden Antragstellung der für ihre Bedarfe erforderlichen Finanzierungsinstrumente, (2) Aufstellung des Unternehmens und Analyse potenzieller Schwachstellen und (3) Vorbereitung und Umsetzung der für einen Neustart der Selbstständigkeit erforderlichen individuellen Prozesse gemeinsam mit den Unternehmer:innen.

Auf Basis unserer Interviews empfehlen wir zudem eine Vereinfachung der Verwaltungsprozesse bei der Beantragung von Hilfen, sodass diese seitens der Berater:innen einfacher umzusetzen ist als bisher. Dies erfordert eine möglichst knappe, verständliche Beschreibung der erforderlichen Unterlagen - anstelle einer juristischen Diktion - und einen mehrsprachigen Leitfaden, damit sich nicht-muttersprachliche Berater:innen und Unternehmer:innen gleichermaßen angesprochen fühlen.

4 Entwicklung eines Finanzinstruments zur Sicherung eines Mindesteinkommens

Einige Unternehmer:innen geben an, keine staatlichen Unterstützungen in Anspruch genommen zu haben, obwohl sie antragsberechtigt gewesen wären, bspw. für Leistungen des SGB II. Dies liegt vermutlich u.a. in ihrem Selbstverständnis als eigenverantwortliche Unternehmer:innen, in möglichen Bedenken hinsichtlich von Offenlegungspflichten oder in einer befürchteten Stigmatisierung begründet. Die Nichtinanspruchnahme staatlicher Unterstützung verschärft jedoch die finanzielle Situation auf der persönlichen Ebene.

Der vorübergehende erleichterte Zugang zur Grundsicherung für Solo-selbstständige, Freiberufler:innen und Kleinunternehmer:innen, deren finanzielle Situation sich infolge der COVID-19-Krise dramatisch verschlechtert hat, erscheint hier nur bedingt geeignet. Insofern empfehlen wir die Entwicklung eines neuen Finanzinstruments zur Sicherung des Mindesteinkommens für Unternehmer:innen. Denkbar wäre es beispielsweise, in den Überbrückungshilfen auch die Lebenshaltungskosten dieser Gruppe von Unternehmer:innen zu berücksichtigen.

5 Strukturaufbau und Entwicklung von Instrumenten zur Bewältigung kommender Krisen

Die COVID-19-Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft haben uns eindrücklich vor Augen geführt, wie schnell die (Welt-)Wirtschaft in eine Krise geraten und damit insbesondere Kleinunternehmer:innen an den Rand ihrer wirtschaftlichen Existenz bringen kann. Auch in Zukunft werden Schocks auftreten, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhersehbar sind und nicht immer wirtschaftliche Ursachen haben werden. Damit Unternehmen die damit verbundenen Herausforderungen besser meistern können, bedarf es neben ihrer unternehmerischen Eigeninitiative auch unterstützender, politischer Umfeldbedingungen, die ein zeitnahe und bedarfsorientiertes Eingreifen mittels gezielter Maßnahmen ermöglichen.

Hierfür empfehlen wir den Aufbau eines interdisziplinär fachlichen und ministeriell übergreifenden, institutionell verankerten Expert:innenrats, der zur Aufgabe hat, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen zu beobachten und zu analysieren, um erforderliche Bedingungen und geeignete Instrumente für unterschiedliche Krisenszenarien im Vorfeld zu entwickeln. Ziel eines solchen Expert:innenrats sollte es sein, agiles, d.h. zeitnahe und flexibles, politisches Handeln in Krisensituationen zu ermöglichen, indem potenzielle Herausforderungen und Bedarfe antizipiert und gemeinsame Antworten darauf gefunden werden.

Literatur

- David, A., Giustolisi, A., & Terstriep, J. (2019). Migrantische Ökonomie(n): Expertise des Instituts Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen im Auftrag der Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit der Bundesregierung, Gelsenkirchen.
- Dienes, C. & Schlepphorst, S. (2019). Krisen von KMU: Herausforderungen, Verlauf und Resilienz frauen- und migrantengeführter Unternehmen, im Auftrag der J.P. Morgan Chase Foundation, Frankfurt/Main.
- Güllü, E., Hartmann, C., Leicht, R., Müller, B., Philipp, R., & Sajons, C. (2020). Die besondere Situation von zugewanderten Selbständigen bei der Umsetzung der Corona-Hilfen berücksichtigen, ifm Mannheim.
- Haverkamp, K. & Dilekoglu, K. (2021). Situation von frauengeführten Betrieben in der Corona-Krise. Göttinger Beiträge zur Handwerksforschung, No. 49. Göttingen: Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen (ifh).
- Kranzusch, P. & Kay, R. (2021). Gewerbliche Existenzgründungen und -aufgaben im ersten Halbjahr 2021 – Die Auswirkungen der Pandemie schwächen sich weiter ab. IfM-Hintergrundpapier. IfM Bonn. [Online abrufbar](#) (letzter Abruf: 22.12.2021)
- Kritikos, A. S., Graeber, D., & Seebauer, J. (2020). Corona-Pandemie wird zur Krise für Selbständige. DIW aktuell, Nr. 47.
- Kritikos, A. S., Graeber, D., & Seebauer, J. (2021). Corona-Pandemie drängt Selbstständige vermehrt zur Geschäftsaufgabe – Frauen stärker betroffen. DIW aktuell, Nr. 69.
- Leicht, R., Berwing, S., Philipp, R., Block, N., Rüffer, N., & Ahens, J.-P. (2017). Gründungspotenziale von Menschen mit ausländischen Wurzeln. Entwicklungen, Erfolgsfaktoren, Hemmnisse. Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (ifm) der Universität Mannheim und des Instituts für sozialpädagogische Forschung Mainz (ism), im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). [Online abrufbar](#) (letzter Abruf: 22.12.2021)
- Metzger, G. (2016): Migranten überdurchschnittlich gründungsaktiv – Arbeitsmarkt spielt eine große Rolle. Fokus Volkswirtschaft, Nr. 115, KfW Research.
- Metzger, G. (2021). „Junge“ Selbstständige: branchenbedingt trifft Corona-Krise Frauen härter als Männer. Fokus Volkswirtschaft, Nr. 324, KfW Research. [Online abrufbar](#) (letzter Abruf: 22.12.2021)
- Schäfer, S. (2021). Innovative Gruender:innen mit Migrationserfahrung. Status quo, Herausforderungen und Handlungsempfehlungen zur Förderung innovativer Gründungen von Personen mit Migrationserfahrung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. [Online abrufbar](#) (letzter Abruf: 22.12.2021)
- Schulze Buschoff, K. & Emmler, H. (2021). Selbstständige in der Corona-Krise: Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 1 bis 5. Nr. 60 Policy Brief WSI, 9/2021.
- Stiel, C., Kritikos, A. S., Block, J. & Priem, M. (2021). Soforthilfe für Selbstständige wirkt vor allem positiv, wenn sie rasch gewährt wird. DIW aktuell Nr. 60. [Online abrufbar](#) (letzter Abruf: 22.12.2021).

Impressum

Herausgeberin

Westfälische Hochschule Gelsenkirchen
Institut Arbeit und Technik
Munscheidstr. 14
45886 Gelsenkirchen

ReCOVery Projektpartner/Autor:innen

Westfälische Hochschule Gelsenkirchen
Institut Arbeit und Technik
Dr. Judith Terstriep
Dr. Alexandra David
Theresa Rosenberger

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Geographie
Dr. Susann Schäfer

Bertelsmann Stiftung
Armando García Schmidt

Institut für Mittelstandsforschung Bonn – IfM Bonn
Dr. Rosemarie Kay
Dr. Christian Dienes

ifm - Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim
Dr. Christoph Sajons

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz
IQ Fachstelle Migrantenökonomie
Dr. Ralf Sänger
Nadine Förster

Grafik und Layout

Institut Arbeit und Technik

Bildnachweis

Titelbild	Luke Stackpoole auf Unsplash
S. 5	Besim Mazhiki/Bertelsmann Stiftung
S. 7	Besim Mazhiki/Bertelsmann Stiftung
S.16	Besim Mazhiki/Bertelsmann Stiftung
S. 26	Besim Mazhiki/Bertelsmann Stiftung

